Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel-Nummern 10 Pfge.
Auflage 30000 Expl.

Für die Rückgabe eingesendeter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung u. Geschäftsverkehr.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantw. Redacteur: Friedr. Goedsche in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 13 angenommen bis Ab. 5 Uhr, Sonntag bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Klostergasse 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nachträgliche Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Nicht Selbst-Kosten 15 Pfge. — Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Nr. 167. Einundzwanzigster Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. Dresden, Donnerstag, 15. Juni 1876.

Politisches.

Kaiser Wilhelm ist in Ems eingetroffen. Zar Alexander verweilt noch 4—5 Tage in dem reizenden Lahnthale, kesselbrunnentrinkend und an der Seite seines Oheims promenirend. Täuschen wir uns nicht, so lag weder dem einen noch dem andern Kaiser an einem neuen Kriege Etwas; Beide sind gewiß von Herzen froh, daß allem menschlichen Ermessen zufolge jetzt Friede bleibt. Der Zar befand sich immer in einem gewissen Gegensatze zu der Umsturz-Politik seines Kanzlers Gortschakoff. Friede ist dem nahezu 70jährigen Zaren so willkommen wie dem nahezu 80jährigen deutschen Kaiser. Und doch ist Manches zwischen Oheim und Neffen in den letzten Wochen anders geworden. Von England, mit dessen Freundschaft man in Berlin niemals prahlt, stehen wir im Begriff ein werthvolles Pfand zu erhalten, wie wir ein solches niemals nur entfernt von unserem vielgepriesenen „Erbfreund" im Osten erhielten. Vielleicht hat Kaiser Wilhelm, wenn er den Zaren umarmt, schon die Insel Helgoland in der Tasche. Charakteristischer wäre kein Gegensatz als der, Rußland chikanirt die preußisch-deutschen Ostseeprovinzen auf's Unerhörteste und unterbindet deren Industrie und Wohlhabenheit durch hohe Zölle und elende Polizei-Plackereien — England offerirt uns ein wichtiges Felsen-Eiland in der Nordsee. Wer jemals von dem Helgoländer Unterlande die hohe Dünentreppe hinauf auf die Falm gestiegen und seinen Blick vom Leuchtthurm über die Düne hinweg schweifen ließ auf das deutsche Meer, dem leuchtet die hohe militärische Wichtigkeit einer Position ein, welche die Mündungen der Elbe, Weser, Jahde und Eider gleichmäßig beherrscht und den zu Hunderten dort vorbeiziehenden Dampfern und Barken Schutz und Schirm gewährt.

Niemand verlangt ein deutsch-englisches Bündniß. Wer den Frieden ernstlich will, geht ein Bündniß überhaupt nicht ein, da dieses stets Gegen-Bündnisse hervorruft. Nachdem das Bündniß der drei Kanzler in den Bosporus gefallen und darin ertrunken ist, sind wir vollkommen befriedigt, wenn wir wahrnehmen, daß Deutschland nicht fernerhin die russische Umsturz-Politik unterstützt. Deshalb braucht es die Versuche Englands, die türkische Paschawirthschaft zu erhalten, nicht zu fördern. So wenig es die Welt glauben wollte, daß drei Militärmächte einen Bund blos zu friedlichen Zwecken schlossen, so wenig würde sie zufrieden sein, wenn England nicht dafür sorgte, daß der neue Sultan ernstlich das Loos seiner Unterthanen besserte. Die „Constitution Murad" scheint allerdings nahe daran, das Licht der Welt zu erblicken. Messen wir den türkischen Constitutionalismus nicht mit unserem Maßstabe. Bieten schon die Verfassungen Serbiens und Rumäniens mit ihren Skupschtinas uns Abendländern manches Sonderbare, so kann der neue „türkische Nationalrath" nicht ganz in die Schablone eines westeuropäischen Parlamentes, sei es ein Zweikammer-System, sei es ein Reichstag, passen. Ein Dritttheil des Nationalrathes soll aus Christen bestehen. Erschwert wird die Reform der Türkei dadurch, daß Serbien zwar schöne Worte genug hat, um seine friedlichen Absichten zu betheuern, daß aber in Wahrheit es noch Nichts that, um seine enormen Rüstungen rückgängig zu machen.

Locales und Sächsisches.

— Se. Maj. der König hat auf die Zeit vom Schlusse des gegenwärtigen bis zum Schlusse des nächsten ordentlichen Landtages den Präsidenten des Oberappellationsgerichtes v. Weber zum Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes, ferner die Präsidenten der Appellationsgerichte zu Dresden Klemm, zu Bautzen Roßky, zu Leipzig Dr. Petschke, zu Zwickau Dr. Winzer, den Vicepräsidenten des Oberappellationsgerichtes Dr. Siegmann und den Oberappellationsrath Dr. Pöschmann zu Mitgliedern des Staatsgerichtshofes ernannt. Die Wahl der ständischen Mitglieder wird in den nächsten Tagen in beiden Kammern erfolgen.

— Dem königl. preuß. Gesandten in Brüssel, Graf v. Brandenburg, ist das Großkreuz, und dem 1. Secretair bei der deutschen Gesandtschaft in Constantinopel, Legationsrath Graf v. Nadolinsky, das Comthurkreuz 2. Classe vom königl. sächs. Albrechtsorden verliehen worden, ebenso das Comthurkreuz 1. Classe desselben Ordens dem königl. preuß. Generalmajor v. Drigalski, Commandeur der 2. Garde-Cavalerie-Brigade.

— Dem Kirchschullehrer Karl Gottfried Findler in Körlitz ist das Albrechtskreuz, dem Kammer-Virtuos Grützmacher der Franz-Joseph-Orden und dem Bankier Heinrich Jonas das Schwarzburgische Ehrenkreuz 1. Classe verliehen worden.

— Heute feiern die Katholiken das Frohnleichnamsfest in der katholischen Hofkirche. Die anderorts in katholischen Ländern stattfindende feierliche Procession mit der heiligen Hostie findet hier innerhalb der Kirche statt. Der Sinn des uralten Festes ist folgender: In der Char- (Leidens-) Woche wird die Einsetzung des Abendmahles wegen der Trauer der Menschheit um den Tod des Erlösers nur still begangen. Die katholische Kirche aber, welche prunkvolle Feste liebt, hat die Feier auf den zweiten Donnerstag nach Pfingsten angesetzt, und mit Fahnen, Musik, Maien und Kanonenschüssen begeht sie diesen Tag.

— Das Project einer Quaistraße auf dem rechten Elbufer befindet sich jetzt in einem ziemlich weit vorgeschrittenen Stadium. Sowohl die Chaussee- als die Wasserbauinspection haben eine Fahrstraße, die von Neustadt-Dresden längs der Elbe am Fuße der Berge hin bis Loschwitz führt, nicht nur für ausführbar, sondern auch als nicht mit zu großen Schwierigkeiten und Kosten verknüpft bezeichnet. Die gepflasterte Fahrstraße soll hiernach höchstens $1\frac{1}{2}$ Meter über Null hoch und gegen 11 Meter breit sein. Eine größere Höhe ist deshalb unmöglich, da sonst das Wasser gegen das linke Ufer gedrängt und das Ueberschwemmungsniveau verändert würde. Die Quaistraße müßte in Neustadt an der alten Brücke münden, jedoch eine Fortsetzung in einer verlängerten Quaistraße zwischen der Augustus- und Marienstraße erhalten. Letzteres Project ist bekanntlich unzählige Male schon in Angriff genommen worden. Stromaufwärts fände die Quaistraße ihre Fortsetzung nach Pillnitz in der Verbreiterung der jetzigen Straße zwischen Loschwitz und Pillnitz, worüber schon ein ausgearbeitetes Project vorliegt. Augenblicklich liegt das Quaistraßenproject zur Entschließung unserem Stadtrathe vor, da an die Verwendung von Staatsmitteln zum Straßenbau nur dann zu denken ist, wenn der Bau bis ins innere Stadtgebiet fortgesetzt wird. Doch soll man im Rathe dem Projecte selbst sehr geneigt sein.

— Wenn das Wasser in der Trompeterstraße schon am Montag eine Schleuße durchbrach und in Wohnungen Schaden angerichtet, so am Dienstag noch weit mehr. Auch in den Trachenbergen; vom Heller kamen in total durchnäßter Leinwandkleidung die Landwehrleute zur Stadt und erzählten, wie fürchterlich dort das Wetter aufgetreten ist. In der Alaun- und Katharinenstraße schluckten die engen Schleußen nicht genug; Keller und Souterrains standen im Wasser und fahrende Pumpen waren in voller Thätigkeit zu sehen. Manche zu engen Schleußen haben geradezu schädlich gewirkt.

— Der weibliche Orang-Utang, welchen der zoologische Garten kurz vor dem Pfingstfeste für 1200 Mark erworben, ist bereits in voriger Woche seiner großen Vorgängerin Mafoke gefolgt. Das Thierchen war schwächlich und kränkelte, nahm wenig Nahrung an und krepirte schließlich. Um so lebendiger geht es jetzt im Terrarium zu; es gewährt ein eigenthümliches Schauspiel, Alligatoren, Schlangen und Schildkröten um einzelne Frösche ringen zu sehen.

— Vorgestern Abend in der 8. Stunde vernahm man in der Nähe des Neubaues des Reichs-Postgebäudes in der Annenstraße zwei ziemlich heftige Lufterschütterungen mit starkem, dumpfen Knall. Man war beim Grundbau auf alte Festungsmauern gestoßen und genöthigt gewesen, diese mit Dynamit zu sprengen. Die Explosion zog eine große Zahl Neugieriger herbei. In den Nachbarhäusern wurden aller angewandten Umsicht ungeachtet durch umherfliegende Sprengstücke einige Fensterscheiben zertrümmert.

— Die Ehefrau des Tischlers Lungwitz, große Meißnerstraße Nr. 2, kam vor einigen Tagen auf die Idee, einen in einer mit Spiritus gefüllten Flasche befindlichen Sprung mit Siegellack zu verkleben, um das Auslaufen zu verhindern. Sie brachte deshalb die Flamme eines Lichtes in die Nähe des Sprunges, worauf plötzlich die Flasche explodirte, die Frau durch den in Brand gerathenen Spiritus an Händen und Armen verbrannt wurde, außerdem aber noch ein Stuhl, eine Tischdecke und mehrere Kleider, auf die der Spiritus gelaufen war, Feuer fingen. Letzteres wurde jedoch durch den in der Nähe befindlichen Mann der unglücklichen Urheberin des Brandes sofort wieder gelöscht.

— In der Nacht zum 12. Juni entstand in der Wilsdrufferstraße eine solenne Keilerei zwischen 3 „Dämchen", so daß bald Zöpfe und Hüte die Wahlstatt bedeckten. Währenddem waren 2 Herren hinzugekommen, welche sich an dem Kampfe der streitlustigen Schönen belustigten. Eine der Letzteren ergriff endlich das Hasenpanier, wurde jedoch an der Schössergasse von den sie verfolgenden Colleginnen eingeholt. Der Kampf entbrannte hier aufs Neue, und zwar so heftig, daß eine der Combattantinnen nach Hilfe rief, weil sie angeblich von der Gegnerin mit einem spitzen Messer gestochen oder doch bedroht worden sei. Da mischte sich endlich einer der Herren, welche den Megären in die neue Arena gefolgt waren, in den Streit, kam jedoch sehr übel an, da ihm die Uhrkette abgerissen und der Rock zerfetzt wurde. Sein Begleiter aber, welcher ihm beistehen wollte, wurde ebenfalls attakirt, und wurde dadurch veranlaßt, sich seiner Haut zu wehren, der ihn mit Zahn und Nägeln anfallenden Dulcinea ein paar gepfefferte Nettige über den zarten Rücken zu ziehen. Weitere üble Folgen soll die Affaire übrigens nicht gehabt haben.

— In der Friedrichstadt hier hat vorgestern ein Arbeiter seinen 10jährigen Sohn so arg mißhandelt, daß sich die Nachbarn des armen Knaben annehmen mußten, und ihn der Polizei übergaben.

— Der von dem Blitzstrahle vorgestern Nachmittag, ungefähr 200 Schritte vom Briesnitzer Schlage getroffene Knecht lag gestern noch immer sprach- und regungslos im Krankenhause. Er hat im Moment des Unfalls an dem Hintertheile des einen Pferdes gestanden und ist an der rechten Seite der Brust vom Blitzstrahl getroffen worden. Ein rother Streifen soll sich bei ihm von der rechten Brustseite über den Leib das Bein hinabziehen.

— In der Nacht vom Montag zum Dienstag sind in den Zwingeranlagen von ruchloser Hand mehrere Bäumchen umgebogen, bez. umgebrochen worden.

— Landtag. Ein zweites k. Decret, welches gestern in der 1. Kammer zur Verlesung gelangte, setzt nun definitiv den feierlichen Schluß des Landtags auf den 24. Juni fest. Das Haus schritt sodann zur Berathung des Einnahmebudgets, resp. der Einkommensteuer. Ueber die hier in Frage stehenden Differenzpunkte theilten wir gestern bereits das Nöthige mit. Die Debatte eröffnete Präs. Mülke mit dem Bedauern darüber, daß die Deputation zur Berathung des Gegenstandes nur soviel Wochen Zeit gehabt, als jene der 2. Kammer Monate. Er halte nach den gemachten Erfahrungen das gegenwärtige Einkommensteuergesetz nicht für ausreichend, um auf Grund desselben den Steuerzahlern neue Lasten anzulegen. Wenn man auch, ohne die Einkommensteuer einzuführen, 1877 nur die bisherigen Steuern erhebe, würden Steuerzuschläge nicht nothwendig sein, da das behauptete Deficit von $4\frac{1}{2}$ Millionen in der That nicht vorhanden sei. Bürgermeister Martini sprach in demselben Sinne, obgleich er kein prinzipieller Gegner der Einkommensteuer sei; er erkenne aber keine Nothwendigkeit, ein mit so großen Mängeln ausgestattetes Gesetz, gegen das im Volke heftiger Widerstand sich zeige, zur Ausführung zu bringen. Im ordentlichen Budget sei nach den Erklärungen der Regierung ein Defizit nicht mehr vorhanden. Wie es scheine, wollten die Gegner nur das Prinzip der Einkommensteuer festigen. Noch seien nicht alle Bahnen, welche das Defizit veranlassen sollten, angekauft, zum Theil würden dieselben wohl Ueberschüsse bieten. Daher werde das Defizit die angegebene Höhe nicht erreichen und die Deckung desselben sei aus den Betriebsüberschüssen möglich. Man müßte wenigstens jetzt schon wissen, wie viele Einkommensteuer-Simpla 1877 erhoben werden sollten. Nach den Berechnungen der Majorität würde man nicht 11, sondern 12 od. 13 Eink.-St.-Simpla ausschreiben müssen. Dazu biete er die Hand nicht; er wolle nicht, daß gerade die 1. Kammer dies thue. Betrügen doch die Ueberschüsse von 1874/75 annähernd 8 Millionen. Man solle nicht Ueberschüsse aufspeichern und nicht die Steuerkraft des Landes zu hoch anspannen. Es wäre verfassungsmäßig gewesen, wenn die Regierung von dem zu Tage getretenen Mehrbedarf zunächst der 2. Kammer Mittheilung durch ein Nachtragspostulat gemacht hätte und nicht in privaten Berechnungen an die Deputation. Minister v. Friesen: Die betreffenden Nachweisungen seien an die Deputation der 1. Kammer officiell erfolgt. v. Erdmannsdorff acceptirte Martini's indirectes Geständniß, daß das Einkommensteuergesetz auf immer verschwinden könnte, wenn man es jetzt nicht anwende. Deshalb wollten sie Abänderungen des Gesetzes nicht in seinen Fundamentalsätzen sofort, sondern zuvörderst nur durch das Finanzgesetz. Die Anzahl der zu erhebenden Simpla sei der Verabschiedung des Finanzgesetzes ja vorbehalten; ihr Antrag gebe Schutz gegen zu viele Simpla. Das Deficit sei vorhanden, Pflicht der Kammern, es zu decken, und die 1. Kammer müßte sich darüber wegsetzen, wenn „unverständige Menschen" ihr Vorwürfe über ihr Verhalten machten. Auf eine Anfrage Meinholds erklärte Finanzminister von Friesen, daß die Bilanz im ordentlichen Budget nach den neuerlichen Aufstellungen der Regierung allerdings ausgleichend vorhanden sei; aber nicht alle die sonstigen Ausgaben, die zum Budget träten, und für ihre Deckung müsse gesorgt werden. Im Uebrigen handle es sich jetzt nur darum, ob das Einkommensteuergesetz überhaupt zur Anwendung kommen solle. Lehne man die Anwendung des Gesetzes ab, so sei das Deficit und die größte Verlegenheit da. Zuschläge auf die bisherigen Steuern, über deren Höhe die Kammern zu entscheiden hätten, müßten nothwendig erfolgen, also auch Vorschläge gemacht werden. Graf Rex will nicht ein sehr mangelhaftes Gesetz in Anwendung bringen, sondern es vorher revidiren; die Einkommensteuer auf die wohlhabenden Klassen beschränkt, für die übrigen eine Klassensteuer geschaffen wissen. Bürgermeister Dr. André rechtfertigte den Standpunkt der Revision des Einkommensteuergesetzes eingehend lebhaft und augenfällig wirksam, nicht aus Abneigung gegen die Einkommensteuer, nicht aus Vorliebe gegen ihm bekannt gewordene analoge Einrichtungen. Redner tadelte nur die Formulare der Selbstdeclaration, die jahrhundertelang genährte Gefühle, besonders der Kaufmannswelt, verletzten. Bei der letzten Einschätzung hatten sich Mängel gezeigt, die in einzelnen Fällen sehr drückend, verletzend empfunden werden mußten. Sei doch z. B. ein größerer Grundbesitzer niedriger eingeschätzt worden als der Lehrer, und ein Tagelöhner so hoch wie ein Mann in notorisch guten Vermögensverhältnissen. In Preußen schätze man das niedere Einkommen nach einem ganz anderen Modus ab, als das höhere, weil man dort Einkommensteuer- und classificirte Einkommensteuer habe. Die Art und Weise der jetzigen Scala errege Anstoß, der Declarationszwang sei nicht blos überflüssig, sondern nachtheilig. Man müsse die Steuern in kleineren Terminen, etwa wie in Preußen monatlich erheben, die wenigsten Menschen legten von ihrem Erwerb den Steuerbedarf zurück. Man möge vor Allem erst unser Gesetz mit denen anderer Staaten, z. B. Preußen, vergleichen, die dortigen Mängel vermeiden und die Vorzüge annehmen; dann möge man die zweite Probe auf das Exempel vornehmen. Eine große Anzahl Communen des Königreichs würde das mangelhafte Gesetz sonst zur Grundlage ihres Steuerwesens machen, und das sei bedenklich. Gelange das jetzige Gesetz zur Anwendung, so erblicke er darin ein Unglück für das Land. Seiler will die Anwendung des Gesetzes, weil Deutschland auf Sachsen sehe, und das Gesetz so schlecht nicht sei, wie man es mache. Ihm sei gesagt worden, das preußische Einkommensteuergesetz sei eines der schlechtesten von denen, die existirten. Unser Gesetz jetzt nicht anwenden, hieße es ad calendas Graecas vertagen. Nachdem Ref. Mülke mehrere Aeußerungen des Finanzministers und v. Erdmannsdorff's bekämpft, Dr. André gegen Seiler versichert, daß er nicht blind gegen die Fehler des preußischen Gesetzes sei, betonte Finanzminister v. Friesen noch einmal, daß baare Geldmittel zur Bestreitung des Deficits geschafft werden müßten; wie solle man die erforderlichen Zinsen sonst decken? In seinem Schlußworte wendete sich v. Erdmannsdorff gegen Martini. Die Regierung habe durch ihr Vorgehen die verfassungsmäßigen Rechte der 2. Kr. nicht verletzt, diese habe die Vorlage zuerst „berathen" und werde schließlich die „Zahl der Simpla zuerst bewilligen". Die erhobene Opposition sei eine Opposition gegen das Einkommensteuergesetz, und über dieses hätten sie längst abgestimmt, nachdem sie 15 Jahre „durchgemarschirt". Auch Dr. André komme deshalb mit seinen Einwänden nach dem Essen, und wenn derselbe die Ausführung des Gesetzes für ein Unglück halte, so kennten sie dessen Mängel auch, allein sie glaubten von mehreren Uebeln das kleinere wählen zu müssen. Man müßte ohne Zweifel zu Steuerzuschlägen greifen, wenn das Einkommensteuergesetz nicht da wäre. Bei der hierauf vollzogenen Abstimmung erklärten sich 23 Stimmen für die Anträge der Majorität, also für Anwendung des Einkommensteuergesetzes im Jahre 1877, 15 Stimmen dagegen. Die 2. Kr. wird nun mehrmals über den Gegenstand zu verhandeln haben.

— Im „Dr. J." ist ein langer Artikel erschienen, um den Hofrath Hofmann wegen seiner Vermauerung der Zwingerfenster zu rechtfertigen. Dieser Artikel findet mit seinen vielen inneren Widersprüchen umso herbere Verurtheilung im Publikum, als darin in Aussicht gestellt wird, daß in Zukunft nach dem Innern des Zwingers zu doch noch Doppelfenster wahrscheinlich angebracht werden sollen. Auch bestätigt das „Dr. J." unsere gestrige Mittheilung, daß über den vermauerten Fenstern nach außen noch Glasfenster eingestellt werden. Wir haben also folgenden Verschluß: Glasfenster und Mauer von der einen, Doppelfenster von der andern Seite. Welche wunderbaren Sachen bei der Verwaltung der kgl. Sammlungen vorkommen, davon erhalten wir folgende Mittheilungen: Zur Aufnahme der Sammlungen im Johanneum bedurfte man so und soviel neue Schränke, die natürlich, ihrem kostbaren Inhalt angemessen, künstlerische Formen zeigen sollten. Es wurde eine öffentliche Lieferung ausgeschrieben, dabei gingen Offerten ein von 63,000 bis 23,000 Mark herunter. Die Lieferung wurde dem mindestfordernden Tischler übergeben. Bei einer königl. Kunstsammlung! Als man die Schränke in Benutzung nehmen wollte, gingen natürlich die Thüren nicht richtig auf, die Schlösser klappten nicht, die Kasten ließen sich schwer herausziehen u. s. w. — kurz, es mußte der Tischler gerufen und eine gründliche Reparatur vorgenommen werden. Auch ein Beweis für den Nutzen der Sparsamkeit am falschen Orte. Umgekehrt ist die vielgerühmte Sammlung des Dr. Meier weit über den Span bezahlt worden. Im Landtag herrscht unter den Abgeordneten hierüber ziemliche Erbitterung und die Sache würde jetzt noch zur Sprache kommen, wenn die Regierung den Ankauf nicht erst vor die nächste Ständeversammlung zu bringen hätte. Die Sammlung Dr. Meier's ist